

## Jahresbericht 2008-2009 (Juni-Juni)

### Minarettverbots- und Ausschaffungsinitiative

Gemeinsam mit Amnesty International haben die DJS im Herbst 2008 eine Impulstagung zur rechtlichen und politischen Einschätzung der beiden Volks-Initiativen organisiert. Die von gut 100 Personen besuchte Tagung vom 14. November 2008 war äusserst interessant. Ziel war und ist es, im Hinblick auf die kommenden Abstimmungen Argumente zu hören, Strategien zu diskutieren und neue Kontakte zu knüpfen. Die Minarettverbotsinitiative kommt evtl. bereits im November 2009 zur Abstimmung. Sowohl die Minarettverbots- wie auch die Ausschaffungsinitiative hätten nach Meinung der DJS von Bundesrat und Parlament als ungültig erklärt werden müssen.

### Nationale Anti-Folter-Kommission

Die Vorlage ist von beiden Parlamenten verabschiedet worden (März 2009), die wohl ungenutzte Referendumsfrist läuft am 9. Juli 2009 ab. Gemäss Gesetzesvorlage bestimmt der Bundesrat die 12 Mitglieder der Kommission. Diese werden für vier Jahre gewählt und können höchstens zweimal wiedergewählt werden. Entgegen verschiedener Anträge wird die Kommission nun doch über ein ständiges Sekretariat verfügen, den jährlichen Tätigkeitsbericht veröffentlichen und sie kann alle Orte des Freiheitsentzugs unangemeldet aufsuchen. Die DJS haben sich im April 2009 offiziell für einen Sitz in dieser Kommission offiziell.

### Erneut Auslieferung in die Türkei verhindert

Die DJS haben das Unterstützungskomitee „Mesut TUNC“ im Januar 2009 aktiv unterstützt (Medienkontakte, Schreiben an die Behörden in der Schweiz und in Oesterreich,, Organisation von Komitee-Sitzungen etc.). Ähnlich wie in anderen Fällen hat auch hier der türkische Staat via Interpol die Auslieferung des anerkannten Flüchtlings (Asyl in Deutschland und in der Schweiz) unter fadenscheinigen Vorwänden verlangt. Mesut Tunc gehörte in den 80er Jahren zu denjenigen politischen Gefangenen, die sich mit einem kollektiven Todesfasten gegen die Einführung von Isolationszellen in türkischen Gefängnissen und weiteren Haft-Verschlechterungen wehrten. Tunc wurde nach einem Besuch bei Freunden in Oesterreich nahe der Deutschen Grenze von Grenzpolizisten kontrolliert (inländische Schengen-Kontrollen) und festgenommen. Ein in Oesterreich engagierter Anwalt wie auch RA Marcel Bosonnet aus Zürich konnten - in diesem Fall in relativ kurzer Zeit - die Freilassung erwirken.

### Diskussion um Verschärfung des Strafrechts (und Jugendstrafrechts)

Diverse sehr gute und klare Artikel, die sich gegen die seit einigen Monaten in Mode gekommenen, populistischen Forderungen nach Verschärfung des Starfrechts wenden, wurden von DJS-Mitgliedern verfasst. Unsere Einschätzung und Haltung, das kaum zwei Jahre alte revidierte Strafrecht (bedingte Geldstrafen, gemeinnützige Arbeit) erst einmal wirken zu lassen und seriös auszuwerten und am bestehenden Jugendstrafrecht (keine Senkung des Alters) festzuhalten wird im eidg. Parlament von einigen DJS-Mitgliedern souverän vertreten. Nichtsdestotrotz wurden am 3. Juni 2009 im Nationalrat zahlreiche Vorstösse überwiesen, die auf teils rigorose Verschärfungen abzielen: Nationalrätin Brigitte Häberli (CVP Thurgau) will das Strafgesetz so ändern, dass der Richter künftig gar keine bedingten Geldstrafen mehr aussprechen kann. Andere Vorstösser wiederum möchten das Strafmass an sich massiv erhöhen, kurze Haftstrafen wieder einführen, die bedingte Strafe ganz abschaffen. Der aus SVP-Kreisen lancierte Begriff der „linken Kuscheljustiz“ wird leider auch von einigen Medien nur zu gerne aufgenommen. Interessant ist in diesem Zu-

sammenhang die Lektüre der damaligen grossen Strafgesetz-Revisions-Debatte (etwa im Nationalrat vom 6. Juni 2001) wo es um die, letztendlich fast unbestrittene Einführung von bedingten Geldstrafen ging – zur Entlastung der Gerichtsbehörden und des Strafvollzugs resp. mit dem klaren Ziel, „kleine Straftäter“ (Strassenverkehrsdelikte, Betäubungsmitteldelikte, Ladendiebstähle etc.) möglichst in ihrem sozialen Umfeld zu belassen anstatt sie aus allem heraus zu reissen.

### **Vereinheitlichung der ZPO**

Aus Sicht der DJS hat dieses, vom Parlament im Eilzugstempo durchgeschleuste und im Dezember 2008 verabschiedete Projekt einige „Schönheitsfehler“. Dazu gehört die, mit der Umsetzung in einigen Kantonen verbundene Abschaffung der Miet- und Arbeitsgerichte. Ein Vorgehen, das die DJS wie auch Mieterverbände und Gewerkschaften derzeit sehr beschäftigen - unter Umständen bis hin zu einem kantonalen Referendum. Die vereinheitlichte ZPO soll bis 2011 eingeführt werden.

### **Nestlé-Securitas-Spionage gegen attac**

Die DJS haben die Organisation *attac* in ihrem Protest gegen die Securitas-Spione sowohl namentlich wie auch mit einem finanziellen Beitrag an die Prozess- und Anwaltskosten (500 Franken) unterstützt. Der Nestlé-*attac* Skandal wurde im Sommer 2008 publik. Wenig später wurde publik, dass die Firma Securitas (Investigation Service) auch antirep-Gruppen ausspionierte, wobei bis heute ungeklärt ist in wessen Auftrag. In erster Instanz wurden die Klagen von *attac* abgewiesen, bzw. das Verfahren eingestellt. Die (DJS-)Anwälte von *attac* haben nun aber erfolgreich gegen diese Einstellungsverfügung interveniert.

### **Breite Koalition gegen neue Verschärfungen im Asyl- und Ausländerrecht**

Auf Initiative der DJS und Solidarité sans frontières haben sich über 50 Organisationen – politische Parteien, Asyl- und Migrationsorganisationen, Gewerkschaften, Menschenrechtsorganisationen – hinter eine gemeinsame Stellungnahme zu den beiden Vorlagen gestellt. Die fundierte Vernehmlassungs-Antwort wurde von DJS-Mitglied Marc Spescha verfasst. Dank grosszügiger Spenden von allen Organisationen konnte der Vernehmlassungstext ins Französische und Italienische übersetzt werden. An dieser Stelle sei denn auch den beiden Übersetzern herzlich gedankt, die sich bereit erklärt haben, den komplexen Text in kurzer Zeit professionell zu übersetzen, sodass wir an der Medienkonferenz Ende März 2009 alle Sprachregionen erreichen konnten. Die Stellungnahme soll nun allen mitunterstützenden Organisationen für die notwendige Lobbyarbeit als rechtspolitische Basis dienen. Die inakzeptablen Gesetzesverschärfungen werden die DJS in naher Zukunft weiter beschäftigen.

### **Berner Kundgebungsreglement: Einschränkung des Demonstrationsrechts**

Im Juni 2008 schlossen sich – auf Initiative der DJ Bern und der DJS – zahlreiche lokale und nationale Organisationen (Parteien, Gewerkschaften, soziale Institutionen) einer gemeinsamen Beschwerde gegen das vom Stadtparlament verabschiedete Kundgebungsreglement an. In der Hauptstadt sollten demnach Demonstrationen in der Regel nur noch als Platzkundgebungen bewilligt und Umzüge durch die Stadt zur Ausnahme werden. In erster Instanz (Regierungsstatthalteramt) wurde unsere Beschwerde gutgeheissen. Leider hat der rot-grüne Gemeinderat am 28. Mai 2009 beschlossen, diesen Entscheid vor Verwaltungsgericht anzufechten. Dies obwohl sich auch der Gemeinderat gegen diese Bestimmung gewehrt hatte und selbst verfassungsrechtliche Bedenken geltend machte.

### **Menschenrechte und Justiz in der Russischen Föderation**

Auf Einladung des Kooperations-Rats Schweiz Russland, waren die DJS mit zwei Vertretern der Berner Sektion am 8. Mai 2009 an einer Aussprache / einem runden Tisch präsent, an welchem auch der Justizminister der Russischen Föderation, Alexander V. Kononov teilnahm. Die DJS-

Vertreter deponierten insbesondere das Anliegen, das russische Justizsystem möglichst rasch zu demokratisieren und die dafür benötigten Ressourcen bereit zu stellen.

### Europäische Demokratische JuristInnen

Die diesjährige EJDM-Generalversammlung fand im Mai 2009 in Zürich statt. Nationalrat Daniel Vischer hat den VertreterInnen aus England, Bulgarien, Italien, Deutschland, Türkei, Frankreich und Spanien einen interessanten Einblick in hiesige Rechtsfragen und anstehende politische Diskussionen vermittelt. Unter anderem planen die EJDM eine Delegation ins Baskenland, nach Kolumbien und in die West-Sahara. Mit grosser Besorgnis wurde auch von der erneuten willkürlichen Verhaftungen von ParlamentarierInnen und AnwältInnen in der Türkei Kenntnis genommen. Weiter will die EJDM Konferenzen durchführen, so u.a. im Oktober in Paris zum Thema „Arbeitsrecht in Europa unter Druck neoliberaler Politik“.

### Gesetzes-Vernehmlassungen

Die DJS haben im Berichtsjahr zu folgenden Vorlagen Stellung genommen:

- Vernehmlassung zur **Begrenzung des Konkursprivilegs für Arbeitnehmerforderungen**;
- Gesetzliche **Massnahmen gegen Zwangsheiraten**;
- Teilrevision des Obligationenrechts (Schutz bei Meldung von Missständen am Arbeitsplatz, „**Whistleblower**“);
- Änderung des Schweizerischen Strafgesetzbuches (**Online-Zugriffe VOSTRA** - Einbürgerungen und Geheimdienste);
- Vernehmlassung zur Teilrevision des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (ZGB), **Elterliche Sorge** und Änderung des Schweizerischen Strafgesetzbuches (StGB Art. 220).

### Anfragen für finanzielle Unterstützung / Vernetzungsarbeit

Aus finanziellen wie auch aus verbandspolitischen Gründen (wenn kein Kerngeschäft der DJS) hat der DJS-Vorstand einige Finanzgesuche ablehnen müssen. Im Berichtsjahr hat der DJS-Vorstand u.a. folgende Unterstützungsbeiträge gesprochen:

- Jahresbeitrag 2008 und 2009 an die im April 2009 eingereichte **Anti-Waffen-Initiative** der SP, GSoA und Friedensorganisationen.
- Mitgliedschaft im **Förderverein Menschenrechts-Institution**: Ein erster wegweisender Entscheid vom Bundesrat (EDA) wird für November 2009 erwartet.
- Unterstützung der Tagung „Ethik-Menschenrechte-Asyl – Darf Unrecht Recht sein?“ an der Universität Fribourg vom 31. Oktober 2008, organisiert vom IEDH der Uni Fribourg, der Schweizerischen Beobachtungsstelle für Asyl- und Ausländerrecht und der Plattform asylon. Die Referate sind via Internet abrufbar (Uni Fribourg).
- Beitrag an die Abstimmungskampagne der Organisation *arud -arbeitsgemeinschaft für risikoarmen umgang mit drogen*, **Abstimmung über die Hanfinitiative und die Revision des BtmG** vom November 2008.
- Beitrag an die Prozesskosten **attac gegen Nestlé/Securitas**.

### Weiter haben die DJS folgende Aktionen / Kampagnen namentlich / ideell unterstützt:

- Referendum gegen die **Senkung des Umwandlungssatzes bei den Renten (BVG-Revision)**.
- **Manifest „Kein Kind ist illegal“**, lanciert vom Verein für die Rechte illegalisierter Kinder ([www.keinkindistillegal.ch](http://www.keinkindistillegal.ch))
- Das Komitee **„Pro Sozialcharta“** – ein Aufruf von avenir social an den Bundesrat, die revidierte Europäische Sozialcharta (endlich) zu ratifizieren ([www.avenirsocial.ch](http://www.avenirsocial.ch))

### Regelmässige Mitgliedschaften der DJS:

- EJDM (Europäische Demokratische JuristInnen)
- Schweizerische Vereinigung für Sozialpolitik

- „Verein Pro Fri“, Schweiz. Feministisches Rechtsinstitut
- grundrechte.ch

### **DJS-Geschichtsforschung im Schweizerischen Sozialarchiv**

Nachdem die Sektion Basel den Anfang gemacht und ihre Unterlagen im Basler Staatsarchiv deponiert hatte, wurden im Februar 2009 die noch vorhandenen Unterlagen der DJS seit Gründung gesichtet und aussortiert und Anfang März dem Schweizerischen Sozialarchiv übergeben. Die (zensurierten) Kopien der Staatsschutzakten und Fichen von DJS und Plädoyer sind bereits früher im eigens, beim Schweizerischen Sozialarchiv dafür eingerichteten Spezialbestand der Stiftung Archiv Schnüffelstaat Schweiz eingelagert, die Einsichtnahme für Dritte ist nur über eine separate spezielle Genehmigungs-Regelung möglich.

*Bern, im Juni 2009 / Catherine Weber, Geschäftsführerin DJS*